

ANTRAG 7

der NÖAAB-FCG – AK Fraktion
an die 5. AKNÖ Kammer-Vollversammlung der XVI. Funktionsperiode
am 06. Mai 2021

*Ausbeutung der Jugend beenden: Bezahlte
Pflichtpraktika im Gesundheits-
und Pflegebereich*

Über 2.000 Stunden unbezahlte Arbeit während der Ausbildung – das ist in der nunmehr auch akademischen Ausbildung im Gesundheits- und Pflegebereich die harte Realität. Seit 2016 ist die Ausbildung für den höheren Gesundheits- und Pflegebereich akademisiert. In dem 3-jährigen FH-Studium ist über die Hälfte der Ausbildungszeit ein Pflichtpraktika vorgesehen. Die praktische Arbeit ist begrüßenswert, jedoch bekommen die Studierenden für die Arbeit in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen keinen Cent bezahlt. Im Gegenteil, sie müssen jedes Semester einen Studienbeitrag bezahlen. Dazu kommt die erschwerte Situation durch Corona in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen und der große Pflegefachkräftemangel.

Während in den traditionellen Krankenpflegesschulen die Schülerinnen und Schüler zumindest gepflegt wurden und ein kleines Taschengeld bezogen, wird jetzt bei den vorgeschriebenen Praktika der Studierenden die Jugend mit unbezahlter Arbeit regelrecht ausgebeutet.

Auch bei anderen Ausbildungswegen, wie beispielsweise bei Pflegehelfern in Schulen für Sozialberufe, müssen ebenfalls unbezahlte Pflichtpraktika absolviert werden. Die jungen Studentinnen und Studenten arbeiten genauso wie alle Beschäftigten auch in der Nacht und am Wochenende. Das muss fair entlohnt werden!

Der Pflegeberuf muss attraktiver gemacht werden. Das beginnt bereits bei der Ausbildung. Laut der „Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich“ im Auftrag des Sozialministeriums werden bis 2030 zusätzlich 75.000 Pflegekräfte in Österreich benötigt. Daher ist alles zu unternehmen um den Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Eine adäquate Bezahlung der Praktikantinnen und Praktikanten ist unumgänglich.

Die NÖAAB-FCG AK-Fraktion stellt in der Vollversammlung der XVI. Funktionsperiode der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich den Antrag, den Gesetzgeber aufzufordern, den Einstieg in den Pflegeberuf zu erleichtern und die in der Berufsausbildung vorgesehenen Pflichtpraktika künftig mit einer fairen Entlohnung zu vergüten.